

Der Vollzugsdienst

6/2018 – 65. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

JVA Kleve: NRW-Opposition attackiert Justizminister und auch den Vollzug

Brandsachverständiger kommt zu eindeutigem Ergebnis

Seite 1

Birgit Kannegießer fordert Rückendeckung für die hessischen Vollzugsbediensteten

61. BSBD-Gewerkschaftstag tagte in Butzbach

Seite 29

Außerordentliche Sicherheitsstörungen standen im Zentrum der Beratungen

Landesregierung hält am Abbau der Personalengpässe im Vollzug fest

Seite 54

WIR WÜNSCHEN ALLEN
KOLLEGINNEN UND
KOLLEGEN UND
IHREN FAMILIEN
FROHE WEIHNACHTEN
UND EIN GLÜCKLICHES
NEUES JAHR 2019.
IHRE BSBD
BUNDESLEITUNG



Wiedergewählt:
Landesvorsitzender
Hans-Jürgen
Papenfuß



Mecklenburg-Vorpommern

Wieder-
gewählt:
Landes-
vorsitzender
Winfried
Conrad



Rheinland-Pfalz

Neu gewählt:
Landes-
vorsitzender
Thomas
Steen



Schleswig-Holstein

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Brand in der JVA Kleve:
NRW-Landtagsopposition attackiert
Justizminister und auch den Vollzug
- 4 Umfrage zum Thema
„Gewalt gegen Bedienstete“ –
Wie aussagekräftig ist die bisherige
Gewaltstatistik?
- 4 Vorbereitung der Tarifverhandlungen
in vollem Gange –
Branchentag im Justizvollzugsranken-
haus Fröndenberg
- 5 Anstehende Tarifverhandlungen
werden nicht leicht –
Gemeinsames Auftreten des
AK Tarifs ist wichtig
- 6 2. dbb Bundesseniorenkongress –
146 Anträge standen zur Abstimmung
- 6 Seminar zum Thema
Europa am Wendepunkt?
- 7 Wir machen es?
Medienarbeit im BSBD!

LANDESV ERBÄNDE

- 8 Baden-Württemberg
- 17 Bayern
- 18 Berlin
- 22 Brandenburg
- 25 Hamburg
- 29 Hessen
- 40 Mecklenburg-Vorpommern
- 47 Niedersachsen
- 52 Nordrhein-Westfalen
- 66 Rheinland-Pfalz
- 71 Saarland
- 72 Sachsen
- 76 Sachsen-Anhalt
- 78 Schleswig-Holstein
- 82 Thüringen
- 83 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion
 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-Isa.de www.bsbd-Isa.de
Schleswig-Holstein	Thomas Steen	steen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 1/2019:



12. Februar 2019



Fazit zum Jahresende:

„Die Erwartungen wurden wieder nicht erfüllt!“

Wer denkt, dass bei der aktuellen positiven Haushaltslage des Landes Berlin der Berliner Senat ein zukunftsfähiges Konzept bei der Besoldungsanpassung vorlegt, wurde leider wieder enttäuscht. Bitte jetzt nicht falsch verstehen, dass Berlin derzeit systematisch seine Schulden abbaut, ist richtig und für die Zukunft der Stadt notwendig!

Genauso notwendig ist es aber auch, in eine wachsende Stadt (ca. 40.000 Einwohner pro Jahr mehr) für den öffentlichen Dienst Perspektiven zu schaffen. Und so hat der Senat wieder ein Jahr verstreichen lassen, ohne den Personalmangel durch Perspektiven zu stoppen und in die Zukunftsfähigkeit der Stadt zu investieren.

Das ist das ernüchternde Fazit des **BSBD** Berlin zum Jahresende. Auch die Hoffnung, dass der **SPD**-Landespartei-tag im November seinen Senatsmitgliedern eine echte Kurskorrektur aufgibt, die ihren Namen verdient, hat sich am Jahresende nicht bewahrheitet. Ein von dem Kreisverband Pankow der **SPD** vorgelegtes Zukunftspapier, das die Anpassung der Besoldung an das Bundesniveau forderte, wurde nicht umgesetzt.

Wertschätzung sieht anders aus!

Es fehlt an klaren zukunftsfähigen Ideen statt Stückwerk. Zwar hat der Senat Prüfaufträge zur Vereinheitlichung von Landes- und Bundesbesoldung beschlossen. Entsprechende Ergebnisse werden für Ende 2019 erwartet. Der Senat verspricht weiter jedem Beschäftigten (Tarifbeschäftigten und Beamten) eine Hauptstadtzulage von 150,00 € pro Monat. Allerdings ist diese Zulage weder ruhegehaltstauglich, noch sind die Tarifverhandlungen abgeschlossen und somit der Betrag umgesetzt. Hinzu kommt, dass die Klagen beim Bundesverfassungsgericht gegen die Verfassungsmäßigkeit der amtsangemessenen Alimentation weder bisher entschieden noch in der Planung berücksichtigt wurden. Der **BSBD** Berlin empfiehlt hier übrigens weiterhin den jährlichen Widerspruch bei seiner Dienststelle einzulegen. Und so wird der öffentliche Dienst weiterhin große Probleme haben auf dem Arbeitsmarkt den Kampf um die Besten Bewerber/innen zu bestehen.

Binden und finden!

Für den Berliner Justizvollzug sieht in der Gesamtlage die Situation nicht besser aus! Selbst jetzt wird noch um

die neue Ausrichtung und Werbung um qualifiziertes Personal gefeilscht und diskutiert. Dabei sind die aktuellen Zahlen über den Personalbestand dramatisch. Von den Beschäftigten auf den derzeit 9.000 VZÄ-Stellen (also voll ausfinanzierten Stellen) in der Berliner Justiz, werden bis zum Jahr 2030 6.000 regulär in den Ruhestand gehen. Die große Pensionierungswelle, wird ab dem Jahr 2025 erst richtig losgehen. Ein effizientes Gegensteuern durch berufliche Perspektiven und Chancen, findet nicht statt. Und so werden gerade



Thomas Goiny, **BSBD** Landesvorsitzender.

Berufe im Bereich der Krankenpfleger/in, der Ärzte, des Werkdienstes und Verwaltungsdienstes zu einen großen personellen Problem.

Die Beschäftigten wandern nicht nur in andere Bundesländer, sondern vor allem auch in die Sicherheitsbereiche der Bundesbehörden ab. Beschäftigte des allgemeinen Justizvollzugsdienstes, die nicht mehr dienstuntauglich sind, „spulen“ in die Laufbahn des Verwaltungsdienstes anderer Behörden um und reißen dadurch zusätzliche Lücken. Die Ausbildung der Gerichtsvollzieher erfolgt aus dem Pool der Beamten/innen der Gerichte und des Justizvollzuges. Summa summarum wandern fast zwei Ausbildungslehrgänge pro Jahr ab.

Die Lücken sind nur durch Perspektiven zu schließen.

Wer Beschäftigte mit einem Meistertitel mit Besoldungsgruppe A 8 bezahlt und Verwaltungsmitarbeiterinnen mit der E 5 einstellt, fördert hier die staatlich organisierte Altersarmut!

Warnungen des **BSBD** Berlin und seinem Dachverband, dem **dbb** berlin, vor

einem personellen Notstand auch aufgrund der nicht konkurrenzfähigen Bezahlung im Landesdienst blieben ungehört oder wurden kurzerhand mit dem Hinweis auf Charme und Attraktivität der Hauptstadt abgetan.

Und so stellt der **dbb** berlin zu Recht fest, „dass der „Charme“ der Hauptstadt sich anders offenbart als es sich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vorgestellt haben. Da sind Schulen mit zugenagelten Fenstern und überfüllten Klassen, zunehmend verbale und tätliche Gewalt selbst gegenüber Rettungsdiensten und Feuerwehr, in Hardwareausstattungen von vorgestern usw., usw. Glaubt denn der Senat ernsthaft, derartige Zustände ließen sich verbergen und würden keine abschreckende Wirkung auf potentielle Bewerber entfalten? Von dem deutlich höheren Verdienst bei anderen Gebietskörperschaften einmal abgesehen“. Der **BSBD** Berlin teilt diese Einschätzung voll und ganz!

Die gesellschaftlichen Veränderungen spürt auch der Justizvollzug

Übergriffe, Bedrohungen, Gewalt zwischen Gefangenen, Drogenkonsum, sind Vorgänge, die in allen Vollzugsanstalten deutlich zugenommen haben, wenn sie auch nicht öffentlich gemacht werden.

Hinzu kommt der Wechsel zwischen „Alt gegen neu“ in den Anstalten.

Die Beschäftigten die in den Ruhestand gehen, nehmen ihr jahrzehntelanges Wissen mit, ohne die Chance, im Rahmen des Wissenstransfers, dies sinnvoll weiterzugeben. Lieber behilft man sich mit der Verlängerung der Lebensarbeitszeit, um „vorübergehend“ Lücken zu schließen. An neuralgischen Stellen gibt es offiziell keine Vertretungsregelung, nur eine Abwesenheitsvertretung und viele Beschäftigte in den Vollzugsanstalten stehen jeden Tag auf mehr als einer Beschäftigungsposition ihren „Mann und Frau“! Das kann und darf keine Dauerlösung sein!

Endlich Perspektiven schaffen

Der **BSBD** Berlin fordert endlich dauerhafte finanzielle Perspektiven, die den hohen Ansprüchen des Justizvollzuges auch gerecht werden.

Dazu gehören:

1. Einführung der Laufbahn des gehobene Justizvollzugsdienstes.
2. Umsetzung der Beförderungsmöglichkeiten im Rahmen der Aussetzung der Stellenobergrenzen.

3. Anerkennung von beruflichen Zeiten und Vordienstzeiten bei Einstellungen.
4. Die Pensionsfähigkeit der Justizvollzugszulage.
5. Umsetzung des Bewährungsaufstiegs in allen Laufbahngruppen.
6. Zügige Beurteilungen zur schnellen Umsetzung bei Beförderungen.
7. Zusätzliche Beförderungssämter nach A 9 im Rahmen der Dienstkräftenmeldung 2020/2021 für alle Berufsgruppen.
8. Berufliche Perspektiven schaffen für die Tarifbeschäftigten im allgemeinen Vollzugsdienst.
9. Umsetzung einheitlicher Regelungen in allen Vollzugsanstalten für Zulagen im Bereich des Tarifrechtes.
10. Anpassung der Landesbesoldung an die Bundesbesoldung.

Es bleibt zu hoffen, dass das Land Berlin mit den bevorstehenden Tarifverhandlungen in 2019 die Chance wahrnimmt, auch im Bereich der Besoldung endliche Perspektiven zur Zukunftsfähigkeit der Stadt und des öffentlichen Dienstes vorzunehmen. Um diese Forderungen umzusetzen, gehört es dazu, die Gemeinsamkeit und Zugehörigkeit des Justizvollzuges hervorzuheben. Nur eine starke Gewerkschaft kann die Forderungen umsetzen.

Wir alle sind aufgefordert, unsere Stimme auch bei den Tarifverhandlungen zu erheben, um deutlich zu machen, dass so mit dem öffentlichen Dienst kein Staat zu machen ist!

*Thomas Gojny,
Landesvorsitzender*

Arbeitsbetriebe präsentierten sich

Auch in diesem Jahr haben die Vollzugsanstalten wieder mit ihren Basaren für vorweihnachtliche Stimmung gesorgt.

So hatten u. a. die JVA Moabit, JVA Tegel und der offenen Vollzug entsprechend eingeladen. Von Weihnachtsgestecken, Bildern, selbst gebauten Vogelhäuschen, bis zu Blumengestellen wurde alles angeboten, was die Arbeitsbetriebe zu bieten haben.

Natürlich gehörte auch eigenes Brot oder Kuchen zum Angebot, genauso wie die Suppe aus der Gulaschkanone und warme Getränke. Ein Dank geht an alle Kolleginnen und Kollegen, die mit dafür gesorgt haben, dass die Basare so gut angenommen werden!

60 Jahre Gesamtpersonalrat der Berliner Justiz

„Nicht natürlicher Feind des Dienstherrn, sondern Partner in der Sache“

Mit Stolz auf Kontinuität und die konstruktive Zusammenarbeit blicken die Justizgewerkschaften und Verbände des dbb berlin auf die gemeinsame gewerkschaftliche und Personalvertretungsarbeit zurück.

Für den **BSBD** Berlin ist auch hier die Vielfalt in Einheit unter einem Dach ein nicht immer ganz einfacher aber letztendlich sinnvoller Weg, um die Probleme und Veränderungen innerhalb der Berliner Justiz zu lösen.

Mit großem Engagement verhandelt der Gesamtpersonalrat der Berliner Justiz seit sechs Jahrzehnten mit der/dem jeweiligen Senator/ in auf Augenhöhe zum Wohle der Kolleginnen und Kollegen der Berliner Justiz. Und das Ergebnis kann sich sehen lassen, wie der Vorsitzende des Gremiums, **Ulf Melchert (DJG)**, bei einem Festakt am 25. Oktober 2018 unterstrich.

Große Fortschritte wurden in den letzten Jahrzehnten zum Beispiel bei der Einführung familienfreundlicher Arbeitszeiten und moderner, IT-gestützter Arbeitsmethoden erreicht. Auch die Einrichtung der Sozialberatung der Berliner Justiz wertete **Melchert** als großen Erfolg.

Nach anfänglichen Vorbehalten der Behördenleitungen und der Senatsverwaltung ist mittlerweile unbestritten, dass es auch in der Berliner Justiz einen großen Bedarf an „Hilfe“ für den Einzelnen gibt, kurz: dass die Sozialberatung ein Erfolg ist!

Hervorgehoben wurde von **Melchert** auch die Kontinuität in der Arbeit der Gesamtpersonalvertretung: „In den vergangenen Jahren gab und gibt es mindestens 15 Senatoren/Innen aber nur fünf Vorsitzende des Gesamtpersonalrats. Auf die damit zum Ausdruck gebrachte Kontinuität sind wir durchaus stolz.“

Melchert verhehlte nicht, dass das Arbeitsklima zwischen Gesamtpersonalvertretung und Verwaltung zwischenzeitlich durchaus von Misstrauen und Skepsis geprägt und für die anstehenden Herausforderungen wie die Digitalisierung und die Personalgewinnung alles andere als förderlich war.

Die Interessenvertretung ist nicht der natürliche Feind des Dienstherrn, sondern Partner in der Sache. Vertrauensvolle Zusammenarbeit ist daher auch keine Einbahnstraße. Wer Probleme

lösen will schafft das nur gemeinsam mit der Personalvertretung und den Gewerkschaften.

Aber auch die Interessenvertretungen sind daran gebunden und getrennt marschieren, aber gemeinsam agieren ist immer sinnvoller, als sich manchmal auch gegenseitig ausspielen zu lassen.

Probleme gibt es genug

Bis 2030 werden 67 Prozent bzw. mehr als 9.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter altersbedingt ausscheiden. Der Gesamtpersonalrat der Berliner Justiz habe deshalb in den letzten Jahren versucht, verloren gegangenes Vertrauen wieder herzustellen und sich als kritischer, jedoch verantwortungsbewusster Begleiter der Verwaltung zu positionieren.

Dies habe sich für die Bediensteten etwa beim Gesundheitspakt im Strafvollzug, beim Sicherheitsrahmenkonzept und bei der QVO just für den Bereich der Wachtmeister bereits positiv ausgewirkt.

Wichtige Zukunftsaufgabe wird, so **Melchert**, eine Reform des mittlerweile in die Jahre gekommen Personalvertretungsrechts sein. Konkret geht es um eine Schwerpunktverlagerung von den formalen Mitbestimmungs- und Mitwirkungsstatbeständen zu einer rechtlichen Intensivierung des Informations- und Initiativrechts. Insbesondere eine grundsätzlich frühzeitigere Beteiligung der Personalvertretungen bei komplizierten Sachverhalten wäre zielführend.

Trotz alledem wird die Arbeit dem Gesamtpersonalrat der Berliner Justiz nicht ausgehen.

Der **BSBD** Berlin freut sich auf die nächsten spannenden Jahre, um für die Beschäftigten die bevorstehenden Veränderungsprozesse positiv zu begleiten.

Und so wird man auch weiterhin dafür arbeiten, dass die Kolleginnen und Kollegen eine berufliche Perspektive haben und ihre Arbeit zum Wohl der Gesellschaft effizient erledigen können. Nichts ist wichtiger in unserem Gesellschaftssystem als das Vertrauen in den Rechtsstaat. Dazu gehört eine gute organisierte Verwaltung und motiviertes Personal. An beiden Bereichen müssen wir immer wieder arbeiten.

Nicht umsonst heißt der Slogan des BSBD Berlin: Nähe ist unsere Stärke.

BSBD Berlin gut auf Kurs

In unsicheren Zeiten ist die Gewerkschaft gefragt

Das Jahr 2018 war aus Sicht des BSBD Berlin ein durchaus positives Jahr. In unruhigen Zeiten und unvorhersehbaren Ereignissen war der BSBD Berlin mit seinen Positionen und rechtlichen Unterstützungen ein ruhender Pol für die Beschäftigten.

So war die Flucht in der JVA Plötzensee und der JVA Tegel besonders wichtig, um für die Beschäftigten Rückendeckung und Beistand zu leisten, damit Organisationsverschulden nicht zum Nachteil Einzelner wurde. „Wir haben an unserem klaren Kurs im Sinne der Beschäftigten im Justizvollzug festgehalten und konnten vor allem im Bereich der rechtlichen Beratung und des Rechtsschutzes für viele Beschäftigten positiv tätig werden“, so der Landesvorsitzende des BSBD Berlin, **Thomas Goiny** mit einem Blick auf das Jahr 2018.

Rechtsschutz und Rechtsberatung sind wichtige Säulen der gewerkschaftlichen Tätigkeit

So konnte der BSBD Berlin vielen Kollegen und Kolleginnen in persönlich schwierigen Situationen Hilfestellung leisten und für Gerechtigkeit in Einzelfällen sorgen. Und so bleiben die Rechtsberatung und der Rechtsschutz eine wichtige Säule der gewerkschaftlichen Tätigkeit.

Aber auch intern hat sich der BSBD weiterhin klar positioniert und so konnten durch die Wahl des Landesvorsitzenden **Thomas Goiny** zum stellver-

tretenden Landesvorsitzenden des **dbb berlin** und **Bernd Loran** in den Tarifbereich des **dbb berlin** und des **BSBD Bundesverbandes** wichtige Weichen gestellt werden. Das ist besonders für die vielen Tarifbeschäftigten und die bevorstehenden Tarifverhandlungen für den Justizvollzug von Bedeutung.

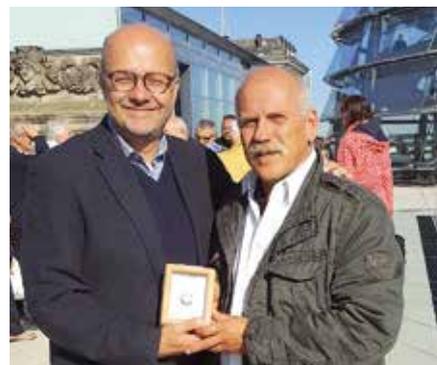
Der Justizvollzug stellt zurzeit viele Tarifbeschäftigte ein, die über ihre Tätigkeit und Statusfrage oftmals verunsichert sind. Hier bietet der **BSBD Berlin** nun adäquate Beratung für seine Mitglieder an.

Wichtig für den **BSBD Berlin** ist perspektivisch die Zusammenarbeit im den anderen Justizverbänden im **dbb berlin** und im Gesamtpersonalrat der Berliner Justiz. Auch hier ist man auf einem guten gemeinsamen Weg, um auch in Richtung Personalratswahlen 2020 wichtige Weichen zu stellen.

Die Zahl der Mitgliederwerbung ist hierbei besonders wichtig, da nur eine mitgliederstarke Gewerkschaft auch stark gegenüber den Arbeitgebern auftreten kann. Hier gilt der besondere Dank den Betriebsgruppen als „Herzstück“ der gewerkschaftlichen Arbeit.

„Die intensive Einzelbetreuung hat sich bezahlt gemacht! Dafür gilt mein Dank meinen Kollegen/innen in der Landesleitung und im Vorstand, die zusammen mit den Mitgliedern vor Ort jeden Tag ein tolle Gewerkschaftsarbeit leisten“, stellt **Goiny** fest.

Nähe ist unsere Stärke!



Dr. Fritz Felgentreu (Bild oben) und Dr. Jan-Marco Lucak jeweils mit **Thomas Bestmann**, stellv. Landesvorsitzender **BSBD Berlin** und Personalratsvorsitzender. Fotos: BSBD Berlin



JSA unterwegs

Mit zwei Besuchen im Deutschen Bundestag hat die Betriebsgruppe der JSA zur politischen Bildung seiner Mitglieder beigetragen. So konnten intensive Gespräche mit dem ehemaligen Rechtspolitiker im Abgeordnetenhaus und jetzigen Bundestagsabgeordneten **Dr. Fritz Felgentreu (SPD)** und dem einzigen Berliner Abgeordneten im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags **Dr. Jan-Marco Lucak (CDU)** geführt werden. In Frage und Antwort wurde hinterfragt und informiert.

Klausurtagung der Betriebsgruppe Tegel



In seiner zweitägigen Klausurtagung Mitte Oktober hatten sich der Betriebsgruppenvorstand und die im Personalrat vertretenden Mitglieder über aktuelle Themen der Personalrats- und Gewerkschaftsarbeit informiert und ausgetauscht. So konnte

am zweiten Tag der stellv. Landesvorsitzende des **dbb berlin** und Vorsitzende der **DPoIG Berlin** zu wichtigen Fragen der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und Personalrat informieren und wichtige Impulse für die zukünftige Arbeit in den unterschiedlichen Gremien geben.

Neben der intensiven Arbeit und dem Meinungsaustausch kam der Spaß aber auch nicht zu kurz! Und so geht die Betriebsgruppe mit neuen Anregungen, Ideen und gestärktem Zusammenhalt in den Alltag zurück.

Für aktuelle Fragen und Gespräche stehen in der JVA Tegel u. a. die Kollegen **Thomas Goiny**, **Bernd Loran**, **Bernd Günzel**, **Birgit Wilde-Krause**, **Jens Waizenegger** und **Reiner Koal** in der Dienststelle zur Verfügung.

Betriebsgruppenfahrt der JVA Moabit nach Prag

Mit dem BSBD unterwegs – Historische Bauten und Denkmäler besichtigt

Am 11. Oktober 2018 startete unsere Betriebsgruppenreise mit insgesamt 48 Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen der JVA Moabit in die goldene Stadt Prag.

Nach einer längeren Fahrt mit dem Bus, die durch musikalische Unterhaltung mit einer Karaokebox sehr kurzweilig war, bekamen wir in Prag unsere „Kajüten“ auf einem 4-Sterne Hotelschiff „Admiral Botel“ zugewiesen.

Am ersten Nachmittag gab es bei strahlendem Sonnenschein einen kleinen Ausflug in die historische Kulturstadt Prag.

Der zweite Tag war geprägt durch das Kennenlernen von historischen Bauten, Denkmälern und der Kultur der Stadt, durch die Bustour „Hop in, Hop off“, die bei allen einen bleibenden Eindruck hinterlassen hat.



Birgit Polnik, stellv. Landesvorsitzende BSBD Berlin.
Fotos (2) BSBD Berlin

Am Abend saßen wir gemeinsam nach einem „3-Gänge-Menü“ auf dem Deck des Schiffes und ließen den wunderschönen Tag ausklingen.

Der dritte Tag war durch den Besuch der Prager Burg, sowie einer einstündigen Bootsfahrt geprägt. Die Kolleginnen und Kollegen waren beeindruckt. Egal welche Alterskategorie (B-Praktikanten, Dienstanfänger) bzw. Laufbahngruppen (AVD, Verwaltung), jeder hatte Spaß und hatte im Anschluss noch genügend persönliche Freizeit, um individuell die Stadt zu erkunden.

Pünktlich 10.00 Uhr ging es am 14. Oktober 2018 zurück nach Berlin. Es hat allen gut gefallen, und wir freuen uns jetzt schon auf die Betriebsgruppenfahrt im nächsten Jahr.

Birgit Polnik

(stellv. Landesvorsitzende BSBD Berlin und Frauenvertreterin JVA Moabit)



Die Teilnehmer an der Betriebsgruppenfahrt nach Prag versammelten sich zum Erinnerungsfoto.

Seminare und Fortbildung 2019

Auch für 2019 hat der BSBD Bundesverband und der dbb berlin verschiedene Seminare und Fortbildungen für die Mitglieder und Interessierte im Angebot.

Hier einige Auszugsweise.

25.02. – 27.02.2019

Wohin entwickelt sich die Demokratie?

05.03. – 07.03.2019

Neue Medien in der Gewerkschaftsarbeit?

15.05. – 17.05.2019

Europa – Themenland Niederlande

Tagungsort Nähe von Aachen

17.06. – 19.06.2019

Krisenkommunikation

28.10. - 30.10.2019

Europa wächst zusammen: Ungarn

21.11. - 23.11.2019

Königswinter-Thomasberg (Nordrhein-Westfalen)

Wenn nicht anders bezeichnet, werden die Seminare in der Bildungsstätte in Königswinter durchgeführt.

Seminare des dbb berlin

18.02.2019 – Thema Datenschutz für Personalvertretungen

18.03.2019 – aktuelle Themen zum Dienst- und Besoldungsrecht

25.03.2019 – Tarifrecht

02.09.2019 – Frauenpolitik

